



www.cdulsa.de



Webels Woche

Ausgabe 69 / 16.03.2018

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

bei der Vereidigung der neuen Bundesregierung hat der Bundespräsident mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in der Welt einen bemerkenswerten Satz gesagt: „Ein Kampf 'Jeder gegen Jeden' macht sich wieder in der Weltpolitik breit.“ Tatsächlich haben viele Menschen den Eindruck, dass auf internationaler Ebene in vielen Bereichen Sicherheit und Vertrauen verloren gehen. Umso wichtiger ist es, dass die Europäische Union als Werte- und Interessengemeinschaft zusammensteht.

Für mich wird diese gemeinsame Wertebasis klar verletzt, wenn auf europäischem Boden – unter Verletzung des Völkerrechts – biologische oder chemische Waffen eingesetzt werden. Bisher sprechen viele Indizien dafür, dass Russland bei der Vergiftung des ehemaligen russischen Spions Skripal seine Finger im Spiel hat – ebenso wie vor einigen Jahren bei der grausamen Ermordung des ehemaligen Agenten Litwinenko, ebenfalls in Großbritannien. Es hat fast den Anschein, als wolle der Kreml immer wieder bewusst Grenzen austesten. Viele Experten sehen solche Operationen als Teil einer großangelegten Strategie zur Destabilisierung des Westens, zu der auch die Unterstützung von rechtspopulistischen Kräften, die Einflussnahme auf Wahlkämpfe oder Hackerangriffe gegen demokratische Institutionen wie den Deutschen Bundestag gehören. Dass Russlands Präsident Putin, den Gerhard Schröder einst als „lupenreinen Demokraten“ adeln wollte, Grundwerte der Demokratie und des Rechtsstaats im eigenen Land wenig achtet, ist offenkundig.

Ich finde es richtig, dass die europäischen Staaten eine gemeinsame Antwort auf die wiederholten russischen Provokationen geben wollen. Es war und bleibt auch richtig, dass Russlands völkerrechtswidrige Annexion der Krim und die Unterstützung des Bürgerkriegs in der Ostukraine mit Sanktionen beantwortet wurden.

Klar ist aber auch, dass eine Aufhebung der bestehenden Sanktionen unser Ziel bleiben muss, denn wir wollen keine Konfrontation, sondern eine enge Partnerschaft und wirtschaftlichen Austausch mit Russland.

Dafür muss aber Russland die Weichen stellen und seine internationalen Verpflichtungen einhalten. Nicht in Berlin oder Brüssel, sondern in Moskau wird über das Ende der Sanktionen entschieden.

Klar ist: Die EU verhängt Sanktionen nicht ohne Grund. Das gilt auch mit Blick auf die transatlantischen Handelsbeziehungen. Der amerikanische Präsident hat Strafzölle auf Importe angekündigt, auf die die Europäer mit Gegenmaßnahmen reagieren werden. Dabei geht es nicht darum, mutwillig an der Eskalationsschraube zu drehen, sondern vor allem um die Durchsetzung europäischer Interessen. Unser Wohlstand hängt ganz entscheidend vom Welthandel ab. Die angekündigten Strafzölle der USA bedrohen tausende Arbeitsplätze in Deutschland und der EU. Sie könnten erst der Auftakt zu weiteren Schritten sein, deshalb müssen sie mit klugen Gegenmaßnahmen beantwortet werden. Dass die EU dazu in der Lage ist, hat sie in früheren Handelskonflikten schon unter Beweis gestellt.

Jetzt zeigt sich, wie wichtig zum Beispiel das TTIP-Abkommen gewesen wäre, gegen das vor allem die politische Linke so viel Widerstand geleistet hat. Nur mit verlässlichen Verträgen und der Durchsetzung des Rechts können offene Märkte gesichert werden. Und deshalb muss auch die neue Bundesregierung weiter dafür arbeiten, dass international die Stärke des Rechts gilt und nicht das Recht des Stärkeren. Wenn sie dafür von den Putin- und Trump-Freunden im Deutschen Bundestag kritisiert wird, bestätigt das nur die Richtigkeit dieses Kurses, der Stabilität und Wohlstand für Deutschland sichert.

Herzliche Grüße

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender